
FDP Offenbach

WILLE ZUR SPARSAMKEIT BEI KOALITION VORHANDEN

16.10.2006

Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, die
Getränkesteuer in 2008 zu halbieren und 2010 ganz abzuschaffen, hat die FDP nach
Auffassung ihres Fraktionsvorsitzenden Oliver Stirböck "für ein erstes großes
Ausrufezeichen" in der im Mai besiegelten Koalition mit SPD und Grünen gesorgt. Die
FDP hatte in den Koalitionsverhandlungen bekanntlich die Abschaffung der von SPD und
CDU vor 15 Jahren eingeführten Getränkesteuer während der Legislaturperiode zur
"conditio sine qua non", zur "Bedingung ohne die nichts (keine Koalition) geht" gemacht.

Der Beschluss des Stadtparlaments sei gerecht, weil die Getränkesteuer
Haushaltssanierung auf Kosten einer ganzen Berufsgruppe bedeute und standortpolitisch
richtig, da sie Offenbacher Gastronomen im regionalen Wettbewerb "über Gebühr
benachteiligt". Die Koalition werde allerdings beweisen müssen, dass sie nicht nur
"weniger Geld einnehmen kann, sondern auch gewillt ist, weniger Geld auszugeben". Die
Liberalen wollen daher unter anderem die "Werthaltigkeit" bestimmter, geplanter
Investitionen für Stadtprofil und Stadtentwicklung kritisch prüfen. Dass sich Koalition und
Planungsdezernent im vergangenen Monat gemeinsam auf eine "bescheidenere
Variante" der weiteren Verschönerung des Büsing-Parks verständigt hatten als
ursprünglich geplant, zeige dass der Wille zu Sparsamkeit vorhanden sei, lobt die FDP die
Koalitionspartner. Aber auch andere mögliche Investitionen müssten "auf den Prüfstand".
Die Liberalen warnten allerdings vor "städtebaulichen Billiglösungen". Lieber "weniger
Projekte und besser", als "mehr und gefuscht", so Stirböck.

Zudem müsse das "Anlagevermögen" der Stadt weiter unter Beobachtung stehen. Die
Liberalen weisen darauf hin, dass der Schuldendienst erheblich zur strukturellen

Schiefelage des Haushalts beitrage. "Weitere, vorsichtig vorbereite Verkäufe von Unternehmensanteilen und im weiteren Sinne städtischem Besitz dürfen hier keine Tabuzone sein", mahnt die FDP-Fraktion. Die Stadt müsse sich aber ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt bleiben.